



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/173 - 5.8.1954

Einweise
auf den Inhalt:

Zur zweiten Sowjetnote	S. 1
Zwischen Casablanca und Tunis	S. 2
Kindertransporte in die Sowjetzone	S. 4
Bemerkung zu einer Karikatur	S. 5

Moskau drängt

r. Eine der wenigen Hoffnungen, die die Berliner Konferenz weckte, war, dass man auf dem Verhandlungswege bleiben werde. Wenigstens sie hat sich erfüllt. Auf Genf, kein Erfolg im eigentlichen Sinne für die eine oder andere Seite, aber doch ein Fortschritt im Ausbau des Friedens, soll jetzt eine neue Konferenz folgen. Die Sowjets sind in dieser Sache in zwei Noten vorstellig geworden, in einer zweiten, weil die erste bisher unbeantwortet blieb.

Sie soll in erster Linie die europäische Sicherheit behandeln, worunter natürlich die Sowjets etwas ganz anderes verstehen, als der Westen. Wäre es anders, käme man schnell zu einer Einigung. Man wird also auch in diesem Falle schrittweise vorgehen müssen. In der Note vom 24. Juli finden sich eine ganze Reihe von Punkten, die in krassen Gegensatz zu den Auffassungen des Westens stehen. Auch darüber wird man sprechen müssen. Aber es gibt auch Ansatzpunkte mit mehr Aussicht auf Erfolg. Es wäre ganz falsch von vornherein darauf zu verzichten, von solchen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Der Bundeskanzler w i l l darauf offenbar verzichten. Nicht anders ist die Stellungnahme des CDU-Fraktionsvorstandes von Baden-Baden zu verstehen, die unter seinem bestimmenden Einfluß zustande kam, sie hätte in der Ablehnung einer neuen Konferenz nicht deutlicher sein können. Einer der Hauptgründe, die gegen eine neue Konferenz immer wieder angeführt werden, ist die Behauptung, der Krenl habe nur die Absicht den Westen zu trennen und in seiner Aktionsfähigkeit zu schwächen. Dies ist politisch ein ziemlich unsinniges Argument gegen Verhandlungen. Will der Westen vielleicht durch seine Politik den Osten zu stärken versuchen? könnte man gegenfragen.

Natürlich ist es in einem solchen Kampf wie dem gegenwärtigen das Bestreben jeder Seite, die andere nach Möglichkeit zu überspielen. Politik beginnt dort, wo man dies erkennt und trotzdem Verhandlungen nicht scheut. Jedes andere Verfahren, zu Ergebnissen zu kommen, verschärft die Gegensätze, möglicherweise bis zu einem Grad, der plötzlich an die Stelle der diplomatischen die Sprache der Waffen treten lässt.

+ + +

Der Autor hat lange Jahre in Franz.-Nordafrika gelebt und ist erst kürzlich von dort nach Deutschland zurückgekehrt.

Nordafrikanisches Momentbild

Rw. Im politischen Leben kolonialer, nach Eigenbestimmung strebender Völker ist die Atmosphäre meist mit unergründlichem Mißtrauen geladen. "Was steckt dahinter?", war die Frage, die jedesmal in Französisch-Nordafrika gestellt wurde, wenn in den vergangenen Jahren irgendwelche Reformen angekündigt wurden. "Die Verwaltung tut ja doch, was sie will ..." war die abschließende Bemerkung, die man zu hören bekam, wenn man an Ort und Stelle solche Reformmaßnahmen zu diskutieren versuchte. Die Verwaltung ist in diesem Fall die festgefügte Kolonialbürokratie, die in allen drei Gebieten, in Marokko, in Algerien und in Tunis unter verschiedenen Vorzeichen, das unbedingte Monopol eines fast rein französischen Beamtenapparates auf unbegrenzte Zeit zu halten versucht. In Algerien, das unmittelbar dem französischen Innenministerium untersteht, und seit über 120 Jahren französisch ist, wird dieses Monopol allerdings seit dem Erlass des algerischen Statutes im Jahre 1947 immer mehr unterhöhlt. Anders liegen die Verhältnisse in Marokko und vor allem in Tunis, wo der Kampf um den Arbeitsplatz als Beamter die Formen nationalen Kampfes angenommen hat.

Die Verwaltung, das ist außerdem in Nordafrika das Instrument kolonialistischer Interessen. Sie ist bislang von Paris weitgehend unabhängig gewesen und hat stets verstanden, den wechselnden Ministern und Regierungen zu verstehen zu geben, dass man in Paris doch eigentlich von nordafrikanischen Fragen nichts verstünde. Daher sollte man sie den bewährten Fachkräften an Ort und Stelle oder den aus ihren Reihen kommenden Sachbearbeitern in den Ministerien überlassen.

Die revolutionäre Bedeutung des Besuches des Ministerpräsidenten Mendes-France beim Bey von Tunis lag daher - und dies wurde bis in die letzte Case im tiefen Süden unmittelbar erfasst - darin, dass er sämtliche Instanzen der Kolonialbürokratie beiseite geschoben hat. Nicht minder bedeutungsvoll war für die Zäuner nordafrikanischer Verhältnisse auch dass mit den Verhandlungen mit den Führern der tunesischen Verfassungsparteilern nebenbei der in Tunis angesehene sozia-

listische Abgeordnete Alain Savary betraut wurde und der Kabinettschef des Ministerpräsidenten Fellabon heißt. Auch Fellabon, der in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, gehört der S.F.I.C. an und kennt als ehemaliger Generalsekretär im algerischen Generalgouvernement die nordafrikanischen Verhältnisse aus einer Perspektive, die der kolonialistisch eingestellten Verwaltungsbürokratie völlig fremd ist.

Mit seismographischer Sicherheit haben tunesische und auch algerische nationalistische Persönlichkeiten auf diese Wende französischer Politik in Nordafrika reagiert. Die unmittelbarste und interessanteste Äußerung war in dieser Hinsicht die Erklärung des Vorsitzenden der modernistisch-nationalistischen Gruppe "Freunde des algerischen Manifests", Ferhat Abbas, der in Kairo erklärte, er fühle sich als Araber und Mohammedaner nur in dem Maße, als dies nicht seine innere Verbindung zu Frankreich beeinträchtige. Im Übrigen hat Abbas dem Ministerpräsidenten Mendès-France bei Regierungsantritt ein Glückwunschtelegramm gesandt. In Kairo, im Schatten des Büros der Befreiung des Machreb (arabische Bezeichnung für den arabischen "Westen" zwischen Tunis und Casablanca), sind solche Worte besonders bedeutsam. Dies gilt auch für die Erklärungen tunesischer politischer Emigranten in Ägypten, die plötzlich auf Drohungen mit einem zweiten Indochina verzichteten.

Tunis ist national bewußter als Algerien. Hier wird innerstaatliche Selbständigkeit, dort bestensfalls eine weniger von bürokratischer Vormundschaft beeinflusste Wahl zur Landesversammlung gefordert. In beiden Fällen aber zeigt sich, wie wenig Verständnis für die politischen Entwicklungstendenzen in Nordafrika notwendig ist, um dieses Gebiet politisch und stimmungsmäßig im Einflußbereich Frankreichs zu halten.

+ + +
Das motorisierte Schweden

KRK, Stockholm

Schweden ist nun das europäische Land, das die größte Auto-Dichte aufweist. Es verfügt über mehr als 600.000 Autos. Dies bedeutet, dass auf jeden zwölften Einwohner ein Wagen entfällt. Rechnet man die Motorräder und die Mopeds hinzu, kommt man auf die Zahl von 1,2 Mio Motorfahrzeugen, die sich auf den Straßen Schwedens bewegen. Diese Straßen sind nun zwar alles andere als zufriedenstellend, aber ihr Ausbau ist im Gange. - Ein großer Teil der schwedischen Autobesitzer gehört der Arbeiterschaft an. Dies ist gewiß kein schlechtes Zeichen für den materiellen Standard des schwedischen Volkes. Nach Feststellungen auf dem Parteitag der tschechischen Kommunisten ist es freilich erwiesen, dass die Ausbeutung der Arbeiterklasse in den "kapitalistischen Ländern" fortschreitet, während sie sich in den volksdemokratischen des zunehmenden Reichtums offenbar nicht erwehren kann ...

Fischzug mit Ferienfreuden

EZ - Berlin

Man weiß, dass das Regime von Pankow und seine Organisationen mit einigem Geschick versuchen, politisches Kapital aus jeder dafür irgendwie gearteten Situation für sich herauszuschlagen. Ein neuer Fall ist der Fischzug, mit dem man westdeutsche Ferienkinder ködern will. Nichts hat die östliche Seite unversucht gelassen, um so viel wie möglich Schulkinder aus Westdeutschland in die Ferienlager zu locken, die von der FDJ, der "Pionier-Organisation" oder von einzelnen volkseigenen Betrieben veranstaltet werden. Die Werbung läuft unter dem Stichwort eines Hilfsangebots an die vom Hochwasser heimgesuchten westdeutschen Gebiete. Unter dem scheinheiligen Vorwand, nichts anderes als eine Erholungsmöglichkeit für die eben der Katastrophe entronnenen Jungen und Mädchen zu bezwecken, appelliert man an westdeutsche Eltern, ihre Kinder für die Ferien in die Sowjetzone zu schicken.

Eine solche aufdringliche Hilfsbereitschaft, im humanitären Gewande präsentiert, dient natürlich ganz anderen Zwecken. Wer die sogenannten Ferienlager der Sowjetzone kennt, weiß, wie sehr hier die Erholung an letzter Stelle rangiert und dass die einzige Aufgabe dieser ganzen Ferienaktion in der politischen "Ausrichtung" der Jugendlichen besteht. Die Einbeziehung möglichst vieler westdeutscher Kinder in die kommunistische Beeinflussungsmaschinerie ist die neueste Form der gesamtdeutschen Bemühungen Pankows.

Die Aufgabe dieser kommunistischen Ferienaktion ist dreifacher Art. Man geht nicht allein auf politischen Dummenfang aus, wenn die westdeutschen Ferienkinder in Kusterlagern mit vorbildlicher Ausstattung und glänzender Verpflegung untergebracht werden, der großen Masse der ostzonalen Ferienlager aber die primitivsten sanitären Einrichtungen wie z.B. eine einfache Strohschütte fehlen. Neben dem politischen Beeinflussungsversuch steht das Bemühen im Vordergrund, der Bevölkerung der Bundesrepublik den Beweis zu liefern, dass die Zone aus ihrer volksdemokratischen wirtschaftlichen Kraft heraus durchaus in der Lage ist, auf humanitärem Gebiet gesamtdeutsche Verpflichtungen zu erfüllen. Schließlich verfolgt man noch das dritte Ziel, durch die

Spekulation auf die Blindheit weiter westdeutscher Bevölkerungskreise, die ihre Kinder nach der Zone schicken, die Widerstandsfrent in der Sowjetzone zu lähmen.

Die freiheitlich gesinnte Bevölkerung der Zone, die genau weiß, dass Erholung, Sport und Spiel in den sowjetzonalen Ferienlagern nur das Lockmittel dafür sind, während der Schulferien die Kinder der politischen Beeinflussung unterziehen zu können, ist von der Form der westlichen Reaktion überrascht. Sie versteht nicht, warum man nicht eindeutiger antwortet und die Hintergründe dieser Ferienplatzaktion bloßlegt. Nur die energische Haltung des SPD-Innenministers in Stuttgart hat in Pankow gewirkt; sie brachte ihm die Anklage der "Willkürherrschaft" und des brutalen "Polizeiterrors" gegen "arme Kinder" ein.

Man weiß, dass die Propaganda für die Pankower Ferienaktion von sogenannten "Arbeitskreisen" in Westdeutschland durchgeführt wird, die finanziell vom Osten getragen und durch Ostberliner Emissäre geleitet werden. Und man wundert sich, dass sich Bonn und die Länderregierungen die Ferienfürsorge für die Schulkinder von Pankow vorerzieren lassen und durch Untätigkeit auf diesem wichtigen Gebiet Pankow die Möglichkeit zu seiner Köderpolitik geben. Man sieht darin einen neuen Nachweis gefährlicher Passivität, eine bedenkliche Einfallssarmut im Vergleich zu der immer regen politischen Phantasie der sowjetzonalen Stellen.

+ + +

"Der Gewerkschaftsfunktionär"

In einer Folge von sechs kleinen Zeichnungen hat der Hauskarikaturist der "Welt" illustriert, was er sich unter einem Gewerkschaftsfunktionär vorstellt. Es ist das Wesen der Karikatur, dass sie überspitzt, mit mehr oder weniger Geschmack. In diesen Zeichnungen aber wird eine Haltung offenbar, wie sie so giftgeschwollen und bar jeden Anflugs von Loyalität gegenüber einem politischen Gegner auch im heftigsten politischen Meinungskampf selten zutage tritt.

Herr Szewezuk kann seine Meinung haben. Dass "Die Welt" sich mit ihr identifiziert, ist das Bezeichnende. Die Millionen, die in den Gewerkschaften ihre Interessenvertretung sehen, werden sich dieses schmutzige Konterfei von den Männern, die sie gewählt haben, merken. Fast ist es schade, dass nicht alle es zu sehen bekommen. - u

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau